

Medienmitteilung

Nein zur Einheitskasse

Teuer, ungerecht und schädlich für Familien

Eine heute präsentierte Studie zementiert für die BDP noch einmal sehr deutlich die vielen Gründe, die gegen die Einheitskasse sprechen: Die Volksinitiative würde nicht nur günstige Kinder- und Jugendrabatte abschaffen, sondern wäre das Aus für sämtliche Prämienrabatte. Zur Kasse gebeten würden einmal mehr die Familien und der Mittelstand, die sowieso schon am meisten unter der Prämienlast leiden.

Die heute präsentierte Studie von Prof. Dr. Ueli Kieser von der Universität St. Gallen deckt schonungslos die Schwächen der Volksinitiative auf: Sie ist weder günstig noch gerecht, im Gegenteil: Sie trifft einmal mehr die Familien, weil die heute günstigen Kinder- und Jugendprämien sowie Rabatte für besondere Versicherungsmodelle, wie z.B. das Hausarztmodell, nicht mehr möglich wären. Und was für die BDP mindestens so fatal ist: Die geforderte kantonale Einheitsprämie behandelt alle gleich, unabhängig davon, ob sie sich kostenbewusst und eigenverantwortlich verhalten, und nimmt damit den Versicherten die Möglichkeit, die eigene Prämie zu beeinflussen.

Für die BDP ist und bleibt die staatliche Einheitskrankenkasse eine Scheinlösung. Ein „gesundes“ Gesundheitswesen kann nur mit echten Reformen erreicht werden und nicht mit einer staatlichen Einschränkung, wie sie dem linken Initiativkomitee mit der Idee der Einheitskasse fatalerweise vorschwebt. Die geforderten Kosteneinsparungen lassen sich mit einer verstaatlichten Einheitskrankenkasse nicht verwirklichen. Daneben findet die BDP den Wettbewerb im Gesundheitswesen wichtig und sinnvoll. Bei einer Einheitskrankenkasse ist das Schweizer Volk einer einzigen Institution ausgeliefert und wird zum Einheitspatienten degradiert.

Die BDP wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass im Parlament der Risikoausgleich so verbessert wird, dass der Wettbewerb unter den Kassen richtig funktioniert und die Jagd nach „guten Risiken“ gebremst wird. Diese verursacht jedes Jahr unnötigerweise Kosten von mehreren hundert Millionen Franken und muss dringend sachgerecht über den ordentlichen Gesetzgebungsprozess, so wie er jetzt aufgegleist ist, angepasst werden. Für die BDP ist es zudem wichtig, dass sich kostensparendes Verhalten auch weiterhin lohnt und dass Entlastungen für Familien mit Kindern und Jugendlichen weiterhin möglich sind.

Auskunft:

NR Lorenz Hess, 079 356 59 26

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

23.05.2014